



Rathaus Umschau

Dienstag, 9. Mai 2023

Ausgabe 088

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	4
› „Zeig Flagge. Zeig's an!": Kampagne gegen LGBTQ*-Feindlichkeit	4
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 22	6
› Ausstellung „Echt mein Recht!" offen für alle	7
› Fotobox-Termin „Hast du uns auf dem Radar?" verschoben	8
› Stadtmuseum präsentiert die Band „Cosmica Bandida"	8
› Veranstaltungen im NS-Dokumentationszentrum München	8
› Stadt gedenkt Schriftsteller Hermann Lenz zum 25. Todestag	10
Antworten auf Stadtratsanfragen	11
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Mittwoch, 10. Mai, 11 Uhr, Königsplatz

Oberbürgermeister Dieter Reiter liest bei „München liest – aus verbrannten Büchern“ zum Gedenken an die Bücherverbrennung 1933, um **12.10 Uhr** ist Kulturreferent Anton Biebl mit einer Lesung beteiligt.

Um **12.30 und 13 Uhr** liest Oberbürgermeister Dieter Reiter am **Odeonsplatz** im Rahmen der „Lesung gegen das Vergessen“ zum Gedenken an die Bücherverbrennung 1933 einen kurzen Text; Kulturreferent Anton Biebl liest um **13 Uhr**.

Wiederholung

Mittwoch, 10. Mai, 11.30 Uhr, Arnulfpark, Rainer-Werner-Fassbinder-Platz

Bürgermeisterin Verena Dietl spricht bei der Eröffnung des neuen Unverpackt-Wochenmarkts Grußworte der Stadt und begrüßt zusammen mit Kommunalreferentin Kristina Frank, 1. Werkleiterin der Markthallen München, die Wochenmarkthändler*innen.

Wiederholung

Mittwoch, 10. Mai, 11.45 Uhr, Kreuzung Oskar-von-Miller Ring/Gabelsbergerstraße, vor dem Goethe-Institut

Bürgermeisterin Katrin Habenschaden gibt gemeinsam mit Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer und Mobilitätsreferent Georg Dunkel den Startschuss für die Straßenbauarbeiten am Oskar-von-Miller-Ring, der Vonder-Tann-Straße und der Ludwigstraße. Das Baureferat baut dort bis Ende 2025 die Straßen um und gestaltet die Freiflächen neu. Der Termin ist für Fotograf*innen geeignet.

Freitag, 12. Mai, 17 Uhr, Festplatz Wasserburger Landstraße/Feldbergstraße

Bürgermeisterin Katrin Habenschaden nimmt bei der Eröffnung der Truderinger Festwoche die erste Maß Bier entgegen.

Freitag, 12. Mai, 18.30 Uhr, Gohrenstraße 6

Stadtrat Lars Mentrup (SPD/Volt-Fraktion) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort zu „70 Jahre Jugendtreff am Biederstein“.



Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 16. Mai, 19 Uhr, Gaststätte „ZunftHaus“, Saal, Thalkirchner Straße 76 (nicht rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt).

Dienstag, 16. Mai, 19.30 Uhr, Pfarrsaal St. Rupert, Gollierstraße 61 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 8 (Schwanthalerhöhe). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Dienstag, 16. Mai, 19.30 Uhr, Kultur im Trafo, Nymphenburger Straße 171 a (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen-Nymphenburg).

Dienstag, 16. Mai, 19.30 Uhr, Gehörlosenzentrum, Lohengrinstraße 11 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 13 (Bogenhausen).

Dienstag, 16. Mai, 19.30 Uhr, Gaststätte „Gartenstadt“, Naupliastraße 2 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 18 (Untergiesing-Harlaching). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Dienstag, 16. Mai, 19 Uhr, Stadtteilzentrum Fürstenried-Ost, Bürger-saal, Züricher Straße 35 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Dienstag, 16. Mai, 19 Uhr, Kulturzentrum 2411, Blodigstraße 4 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching-Hasenberg).

Meldungen

„Zeig Flagge. Zeig's an!“: Kampagne gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit

(9.5.2023) Am 17. Mai ist der internationale Tag gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit. Die städtische Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* startet hierzu gemeinsam mit dem Polizeipräsidentium München und der Fachstelle Strong! die Kampagne „Zeig Flagge. Zeig's an!“. Ziel ist es, Straftaten gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen sichtbar zu machen und einer Strafverfolgung zuzuführen.



Präsentierten die neue Kampagne „Zeig Flagge. Zeig's an!“ (v.l.): Thorsten Wiedemann, Koordinierungsstelle, Polizeipräsident Thomas Hampel, Oberbürgermeister Dieter Reiter sowie der Leiter der Koordinierungsstelle, Andreas Unterforsthuber, mit seiner Kollegin Ulrike Mößbauer (Foto: Stadt München/KGL)

„Bei den registrierten LSBTI-feindlichen Straftaten haben die Polizeibehörden Jahr 2021 eine deutliche Steigerung festgestellt: Straftaten aufgrund der sexuellen Orientierung sind um rund 50 Prozent auf 870 Delikte angestiegen. Im Themenfeld ‚Geschlecht oder sexuelle Identität‘ sogar um 66 Prozent auf 340 Delikte. Es ist zu befürchten, dass es in diesem Bereich eine besonders hohe Dunkelziffer gibt.“ (BMI, 5.9.2022)

Leider zeigen alle Studien in diesem Bereich, dass nur die wenigsten Straftaten gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen angezeigt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass 80 bis 90 Prozent dieser Vorfälle nicht die Polizei oder die Staatsanwaltschaft erreichen. Dies ergibt sich z.B. aus dem im Jahr 2020 veröffentlichten LGBTI-Survey der EU-Grundrechteagentur. An der europaweiten Befragung haben auch 16.000 LGBTIQ*-Personen aus Deutschland teilgenommen. Gerade einmal 13 Prozent der Befragten haben einen physischen Angriff

oder sexualisierte Gewalt zur Anzeige gebracht. Auch die LGBTIQ*-Sonderauswertung der Studie „Hasskriminalität in München“ aus dem Jahr 2021 bestätigt diese Zahlen.

Die Gründe für diese Zurückhaltung, Straftaten anzuzeigen, sind vielschichtig. Einerseits gibt es Scham und Selbstverunsicherung auf Seiten der Betroffenen von LGBTIQ*-feindlicher Gewalt, andererseits ist das Verhältnis der LGBTIQ*-Community zu Sicherheitsbehörden und insbesondere der Polizei geschichtlich bedingt belastet.

Dazu Oberbürgermeister Dieter Reiter und Polizeipräsident Thomas Hampel: „Jede einzelne LGBTIQ*-feindliche Straftat ist auch ein Angriff auf unser Gemeinwesen. Denn es ist ein Angriff auf unsere demokratischen Werte, auf das, was uns wichtig ist und uns zusammenhält. Niemand darf aufgrund seiner sexuellen oder geschlechtlichen Identität oder wegen anderer Merkmale wie beispielsweise Herkunft, Hautfarbe, einer Behinderung bedroht oder angegriffen werden. Wir begrüßen und unterstützen ausdrücklich die Kooperation von Koordinierungsstelle und Polizeipräsidium. Die LGBTIQ*-Community ist ein wichtiger Bestandteil unserer Stadtgesellschaft. Wir werden Gewalt, Ausgrenzung und Diskriminierung entschieden entgegentreten.“

Im Rahmen eines Kooperationsprojekts der KGL mit dem Polizeipräsidium München und Communityeinrichtungen führt die Koordinierungsstelle deshalb die Kampagne „Zeig Flagge. Zeig’s an!“ durch, um das Anzeigeverhalten in der LGBTIQ*-Community zu verbessern.

Wichtig sind zudem auch vertrauensbildende Maßnahmen zwischen der Polizei und der LGBTIQ*-Community und Sensibilisierungsmaßnahmen innerhalb der Polizei.

Die Kampagne bietet umfangreiche Informationen zu Hasskriminalität gegen LGBTIQ*, Anzeigestellung, Unterstützungsmöglichkeiten usw. Damit soll Betroffenen von LGBTIQ*-feindlichen Angriffen geholfen werden, sich zur Strafanzeige an die Polizei zu wenden. Zentrales Element der Kampagne ist die Internetpräsenz unter www.zeigs-an.de.

Von besonderer Bedeutung ist auch, dass die Materialien der Kampagne (Plakate, Postkarten, Flyer) auf allen Polizeidienststellen in der Stadt München zu sehen sein werden. Darüber hinaus auch in U-Bahnhöfen, städtischen Verwaltungsgebäuden, Communityeinrichtungen, Gaststätten und Clubs sowie auf Social Media. Die Kampagne ist zeitlich nicht befristet. Sie wird immer wieder an unterschiedlichen Orten gezeigt werden.

Bisher wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Benennung von Anlaufstellen für die LGBTIQ*-Vereine durch das Polizeipräsidium München
- diverse Veröffentlichungen zum Thema LGBTIQ* in den internen Medien der Polizei (Mitarbeitendenzeitschrift, Intranet)

- Überarbeitung der Internetseite der Münchner Polizei zum Thema LGB-TIQ*
- Schulung der Jugendbeamt*innen der Münchner Polizei
- Fachgespräch zum Thema geschlechtliche Identität mit der Behördenleitung des Polizeipräsidioms München
- Teilnahme am Veranstaltungstag des Polizeipräsidioms München zur internationalen Woche gegen Rassismus 2022
- Teilnahme des Frauenchors der Münchner Polizei beim Regenbogen-Konzert 2022
- Informationsstand des Polizeipräsidioms München beim CSD 2022 (und auf Dauer)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 22

(9.5.2023) Oberbürgermeister Dieter Reiter teilt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 22 (Aubing-Lochhausen-Langwied) mit, dass die Bürgerversammlung des 22. Stadtbezirks am Dienstag, 23. Mai, 19 Uhr, in der Mensa des Bildungscampus Freiham, Helmut-Schmidt-Allee 41, stattfindet.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadtrat Christian Müller, Vorsitzender der SPD/Volt-Fraktion. Zu Beginn informieren die Versammlungsleitung und der Bezirksausschussvorsitzende Sebastian Kriesel über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunkthemen werden voraussichtlich sein:

1. Bebauungspläne im Stadtbezirk – aktueller Stand
2. Weitere Vorgaben und Vorgehen in Freiham – aktueller Sachstand
 - Status Quo Landschaftspark Freiham
 - Ausbau der A99 Höhe Freiham
 - Verkehrsanschluss Freiham-Aubing
3. Stadtsanierung – aktuelle Projekte
 - Erinnerungsort Zwangsarbeiterlager Ehrenbürgstraße
4. U-Bahnausbau der Linie U5 von Pasing nach Freiham – aktueller Stand
5. Trambahnplanungen im Stadtbezirk – aktueller Sachstand
6. Unterkünfte der Geflüchteten im Stadtbezirk – aktueller Sachstand

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreter*innen aus folgenden Bereichen interessierten Bürger*innen Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Mobilitätsreferat – Straßenverkehr, Referat für Klima- und Umweltschutz – Energieberatung des Bauzentrums, KVR – Bezirksinspektion, Münchner Verkehrsgesellschaft, der Bezirksausschussvorsitzende Sebastian Kriesel und ggf. Seniorenbeirat, Polizeiinspektion und Stadt-Information.

Anträge, Anfragen und Abstimmungen

Anträge und Anfragen sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das Formular hierfür und weitere Infos finden sich unter www.muenchen.de/buergerversammlung. Das Formular wird auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.

Alle Besucher*innen, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger*in ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle West der Bezirksausschüsse 20, 21, 22, 23 und 25, Landsberger Straße 486, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls können in der Geschäftsstelle die Sitzungsvorlagen des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zur Behandlung der Anträge eingesehen werden.

Zudem kann unter www.muenchen.de/newsletter-bv ein Newsletter zum jeweiligen Stadtbezirk abonniert werden, der aktuell über die Bürgerversammlung informiert.

Barrierefreiheit

Ein Gebärdensprachdolmetscherdienst steht zur Verfügung. Der Versammlungsort ist rollstuhlgerecht. Erklärungen zu der Bürgerversammlung in Leichter Sprache gibt es unter <https://stadt.muenchen.de/leichte-sprache/infos/buerger-versammlung-ls.html>.

Ausstellung „Echt mein Recht!“ offen für alle

(9.5.2023) Die Ausstellung „Echt mein Recht!“ öffnet am Freitag, 12. Mai, von 9.30 bis 17.30 Uhr zum Tag der offenen Tür in der Lebenshilfe Werkstatt in der Scharnitzstraße 11. Die Ausstellung mit dem Schwerpunktthema sexuelle Selbstbestimmung richtet sich in erster Linie an Menschen mit Lernschwierigkeiten und spricht alle Sinne an. Die Inhalte werden bunt und interaktiv präsentiert. Sechs Themenbereiche informieren über Selbstbestimmung und Rechte, Gefühle, Liebe und Partnerschaft, Freizeit, Wohnen und Arbeit, Körper und Sexualität sowie Beratung und Hilfe.

Die Ausstellung wurde vom Petze-Institut für Gewaltprävention Kiel in Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Behinderungen entwickelt und vom Sozialreferat nach München geholt. Die Besuche in kleinen Gruppen werden bis zum 30. Mai über die Organisationen Lebenshilfe München, Offene Hilfen für Menschen mit Behinderungen der Caritas, Offene Behindertenarbeit evangelisch und Gemeinsam Leben Lernen e.V. organisiert. Einzige Ausnahme ist der Tag der offenen Tür am kommenden Freitag, an dem alle Interessierten willkommen sind. An diesem Tag werden keine

Führungen angeboten. Besucher*innen können sich die Inhalte selbst nach Lust und Laune und in ihrem eigenen Tempo erschließen. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Der Veranstaltungsort ist für Menschen mit Mobilitätseinschränkung zugänglich und verfügt über eine rollstuhlgerechte Toilette. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist die Ausstellung „Echt mein Recht!“ mit der U-Bahnlinie 6 (Haltestelle Westpark) zu erreichen sowie mit den Buslinien 63 (Haltestelle Westpark) und 54 (Haltestelle Luise-Kiesselbach-Platz).

Fotobox-Termin „Hast du uns auf dem Radar?“ verschoben

(9.5.2023) Der für kommenden Donnerstag, 11. Mai, angekündigte Fotobox-Termin der Aktion „Hast du uns auf dem Radar?“ kann aufgrund der schlechten Wetterprognose nicht stattfinden. Der Termin wird auf Donnerstag, 25. Mai, 11 bis 18 Uhr, verschoben. Auch der Ersatztermin findet am Bauernmarkt am Georg-Freundorfer-Platz statt.

Stadtmuseum präsentiert die Band „Cosmica Bandida“

(9.5.2023) Im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, tritt am Freitag, 12. Mai, 18 Uhr, im Rahmen von „FreitagNACHTSgeöffnet!“ die Band „Cosmica Bandida“ live in der Ausstellung „Nachts. Clubkultur in München“ auf. „Cosmica Bandida“ ist ein kolumbianisch-deutsches transdisziplinäres Kunstkollektiv und gleichzeitig eine Band, die die Materialität von Klang durch Installationen, Objekte und Performances erforscht. In der Musik kombiniert das Künstlerduo analoge Synthesizer und Space-Disco-Stimmungen mit rhythmischen Mustern, die von der traditionellen kolumbianischen Cumbia, psychedelisch-peruanischem Chicha, elektronischen Beats und modularen Sounds inspiriert sind.

Die Ausstellung „Nachts. Clubkultur in München“ ist im Rahmen von „FreitagNACHTSgeöffnet!“ an jedem zweiten Freitag im Monat bis 22 Uhr geöffnet. Das Ticket für inklusive Eintritt und Programm kostet 3,50 Euro; Tickets im Online-Shop unter stadtmuseum.muenchenticket.net oder an der Museumskasse.

Das Münchner Stadtmuseum verfügt über einen rollstuhlgerechten Zugang und eine barrierefreie Toilette.

Veranstaltungen im NS-Dokumentationszentrum München

(9.5.2023) Das NS-Dokumentationszentrum München, Max-Mannheimer-Platz 1, lädt zu folgenden Veranstaltungen ein:

- Die Theaterveranstaltung „Verboten, verfolgt, erinnert“ von Jugendlichen in Gedenken an die nationalsozialistische Bücherverbrennung 1933 findet am Donnerstag, 11. Mai, um 10 Uhr in Kooperation mit der Stiftung Internationale Jugendbibliothek statt. Der 10. Mai 1933 steht für die brutale Verfolgung von jüdischen und politisch unliebsamen Au-

tor*innen. Im Vorfeld des Jahrestages beschäftigten sich Schüler*innen mit dem Leben und Werk einiger verbotener und verfolgter Kinderbuchautor*innen und erarbeiteten gemeinsam eine szenische Performance. Zur Aufführung sind insbesondere Schulen aus München und Umgebung eingeladen. Der Besuch der Performance kann mit einem Rundgang in den Ausstellungen des NS-Dokumentationszentrum verbunden werden. Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung ist für Einzelpersonen nicht notwendig. Die Veranstaltung ist geeignet für Schulklassen aller Schulformen ab der 8. Klasse, diese können sich über das Formular unter www.nsdoku.de anmelden.

- Der Dialogrundgang „To be seen. queer lives 1900 – 1950“ findet am Donnerstag, 11. Mai, um 17 Uhr in Kooperation mit der Städtischen Galerie im Lenbachhaus und Kunstbau München statt. Die Ausstellungen „Kunst und Leben 1918 bis 1955“ im Lenbachhaus und „To be seen. queer lives 1900–1950“ im NS-Dokumentationszentrum München setzen sich auf je eigene Weise mit der wechselvollen deutschen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auseinander. Sie fragen danach, wie unterschiedlich sich Lebensläufe von Künstler*innen in diesem Zeitraum entwickelten. In den 1920er Jahren wurde queeres Leben immer sichtbarer. Es entstand ein offener Umgang mit Sexualität, Körper- und Rollenbildern, ehe die Subkultur von LGBTIQ* im Nationalsozialismus weitgehend zerstört wurde. Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung erfolgt unter www.nsdoku.de.
- Die Lesung „Auf der Flucht über den Balkan“ mit Mirano Cavaljeti und Annette Leo findet am Freitag, 12. Mai, um 19 Uhr statt. In seinem Buch „Auf der Flucht über den Balkan“ hat der heute 89-jährige Opern- und Operettensänger Mirano Cavaljeti-Richter seine Lebensgeschichte niedergeschrieben. Er erzählt von seiner Kindheit in einer Großfamilie von Sinti*innen, die als Komödiant*innen mit dem Wohnwagen durch die kleinen Städte und Dörfer Deutschlands zogen und ihre Varieté-Programme vorführten. 1939 flohen sie vor der nationalsozialistischen Verfolgung über die Grenze nach Italien. In ergreifender Lakonie schildert Cavaljeti die dramatische Odyssee durch Italien, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien, in deren Verlauf sie nach und nach alles verloren, ihr Leben jedoch retten konnten. Mirano Cavaljeti wird an diesem Abend einige Operettenarien vortragen, musikalisch begleitet von der Grünholz-Gruppe. Die Historikerin Annette Leo hat Mirano Cavaljetis Lebensbericht herausgegeben. Sie wird einige Textpassagen lesen und gemeinsam mit dem Autor von der Entstehung des Buches erzählen. Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Infos zur Barrierefreiheit unter www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de/besucherinformation/barrierefreiheit.



Stadt gedenkt Schriftsteller Hermann Lenz zum 25. Todestag

(9.5.2023) Die Stadt München legt zum 25. Todestag von Schriftsteller Hermann Lenz am Freitag, 12. Mai, an seinem Grab im Nordfriedhof (Grabstätte Nr. 118-2-1), Ungererstraße 130, einen Gedenkkranz nieder.

Hermann Lenz, 1913 in Stuttgart geboren, studierte Theologie in Tübingen und von 1933 bis 1940 Kunstgeschichte, Archäologie und Germanistik in Heidelberg und München. Von 1940 bis 1946 war er Soldat in Frankreich und Russland und anschließend in amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Seine schriftstellerische Arbeit begann Lenz 1946 in Stuttgart. Im selben Jahr heiratete er die Kunsthistorikerin Hanne Trautwein. Ab 1975 lebte Lenz in München, er erhielt für seine Werke unter anderem den bayerischen Literaturpreis. Lenz starb 1998 in München.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 9. Mai 2023

Parkplatzangebot für Beschäftigte an der Hauptfeuerwehrwache während der Sanierung sicherstellen!

Antrag Stadträte Michael Dzeba, Jens Luther und Hans-Peter Mehling (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 6.7.2022

2. S-Bahn-Tiefunnel: Alternativkonzept für deutliche Verbesserungen im S-Bahn-System realisieren

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE. / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 21.9.2022

Digitales Hinweisgebersystem: Wie ist der Sachstand?

Anfrage Stadtrat Leo Agerer (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 23.3.2023

Parkplatzangebot für Beschäftigte an der Hauptfeuerwehrwache während der Sanierung sicherstellen!

Antrag Stadträte Michael Dzeba, Jens Luther und Hans-Peter Mehling
(Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 6.7.2022

Antwort Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller-Gradl:

Mit Schreiben vom 6.7.2022 haben Sie Folgendes beantragt:

„Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt die KFZ-Parkmöglichkeiten für die Wachschichten an der Hauptfeuerwehrwache während der Sanierung des Gebäudes zu verbessern und sicherzustellen, dass die auswärtigen Beschäftigten der jeweiligen Schichten in oder um die Wache herum ihre Fahrzeuge abstellen können.“

Zur Begründung haben Sie Folgendes angeführt:

„Die Sanierung der Hauptfeuerwehrwache in der Altstadt führt zu einem großen Wegfall von Parkplätzen für die auswärtig wohnenden Beschäftigten (ca. 80%), die im Schichtdienst größtenteils auf das KFZ angewiesen sind. Dieser Wegfall bedeutet für die Beschäftigten im 24 Stunden Schichtbetrieb eine erhebliche zusätzliche zeitliche wie finanzielle Belastung. Hier muss frühzeitig eine tragfähige Ausweidlösung gefunden werden.“

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten. Zu Ihren konkreten Antragspunkten möchte ich Ihnen Folgendes mitteilen:

1. Bestehende Situation

Die Sanierung der Feuerwache 1 schreitet mit dem Bauabschnitt B, der offiziell am 9.1.2023 begonnen hat, in die nächste Phase, in der ein Neubau des Rückgebäudes und der Tiefgarage erfolgt. Mit Fertigstellung der Baustelleneinrichtung zum 20.3.2023 sind die bisher für die Wachdienstmitarbeiter*innen vorgesehenen Parkmöglichkeiten im Übungshof und in der Tiefgarage der Feuerwache weggefallen.

Auf der Feuerwache 1 sind jeden Tag mindestens 35 Dienstkräfte im 24-stündigen Wachdienst (rund um die Uhr an sieben Tagen der Woche) eingesetzt. Ein Großteil der Einsatzkräfte nutzt den ÖPNV bzw. die P+R-Angebote für den Weg zur Arbeit. Einige Einsatzkräfte wohnen jedoch weit außerhalb Münchens (zum Teil bis 100 km). Fast allen ist die Nutzung des ÖPNV bereits von Montag bis Freitag kaum möglich, da am Wohnort entweder keine oder nur eine sehr leistungsschwache ÖPNV-Verbindung vorliegt. Der rechtzeitige Dienstbeginn zum Schichtwechsel (zwischen 6.15 und 7.30 Uhr) ist daher schon an Werktagen nicht unter zumutbaren

Umständen möglich. An Wochenenden und Feiertagen ist das ÖPNV-Angebot noch eingeschränkter. Somit bleibt den Kolleg*innen nur die Anfahrt mit privaten Kfz, um rechtzeitig den Dienst antreten zu können. Dabei organisieren sich die Betroffenen bereits heute in maximal möglichen Fahrgemeinschaften.

Hinzu kommt, dass bei Krankheitsausfällen im Wachdienst ggf. einzelne Feuerwehrkräfte sehr kurzfristig auf eine andere Wache verlegt werden, damit die Einsatzbereitschaft dort sichergestellt ist. Hierbei müssen die Mitarbeiter*innen ihre gesamte persönliche Schutzausrüstung (Einsatzkleidung, Helm, Stiefel, Überjacke, Überhose, etc.) mit einem Gewicht von zirka zwölf kg und einem Volumen in der Größenordnung eines Überseekoffers auf die Feuerwache mitnehmen, der sie kurzfristig zugewiesen sind. Betrifft der Personalbedarf die FW 1 müssen die aus anderen Wachen abgezogenen Dienstkräfte mit dem Privat-Pkw auf die FW 1 verlegen. Aufgrund der direkten Auswirkungen der Funktionsstärke auf die Einsatzbereitschaft müssen diese Verlegungen schnellstmöglich stattfinden. Der Standortwechsel kann unter diesen Umständen nur mit dem Privat-Pkw erfolgen, da hierfür Dienstfahrzeuge nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Aspekt ist, dass die Einsatzkräfte zwischen ihren Einsatzdienstschichten in der Freizeit auch regelmäßig Brandsicherheitswachen leisten. Hierzu rücken sie ebenfalls von der Feuerwache, der sie zugeteilt sind, zur jeweiligen Versammlungsstätte ab und benötigen dazu ebenfalls ihre gesamte Schutzausrüstung bzw. die für den Brandsicherheitswachdienst vorgeschriebene Theateruniform, die dann ebenfalls mit dem Privat-PKW transportiert werden muss.

2. Maßnahmen der Branddirektion

Die Branddirektion hat daher dringendes Interesse, dass im direkten Umgriff der Feuerwache 1 kalendertäglich Parkmöglichkeiten für 25 Fahrzeuge der Wachdienstbeschäftigten zur Verfügung stehen. Besonders zu beachten ist dabei, dass in der Zeit des Schichtwechsels kurzfristig mehr als 25 Plätze nötig sind, da sich die aufziehenden und die abziehenden Einsatzkräfte zeitlich um zirka 30- 45 Minuten überschneiden.

Intensive Bemühungen der Branddirektion haben dazu geführt, dass folgende Angebote genutzt werden können:

2.1 Nutzung von Parkausweisen

Von KVR-I/43 wurden Parkausweise zur Verfügung gestellt. Diese ermöglichen das Parken innerhalb des mittleren Rings in Anwohnerparkzonen und sogar in Parkverbotsbereichen.

Die Parkplatzsituation zur Zeit der Ablösung der Wachmannschaft im Umgriff der Feuerwache 1 ist allerdings prekär.

Freie, nutzbare Parkplätze sind sehr selten, da sich zu diesen Uhrzeiten nur wenige Anwohner*innen mit ihrem Fahrzeug auf den Weg zur Arbeit machen. Sie nutzen innerstädtisch vordringlich die MVG.

2.2 Parken in der TG Blumenstraße 31 – Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung stellt sechs Stellplätze in der Tiefgarage Blumenstraße zur Verfügung. Diese sind fußläufig auch mit schwerem Gepäck von der Feuerwache 1 zu erreichen. Während des Personalwechsels werden alle zur Verfügung gestellten Stellplätze genutzt.

Das Kommunalreferat hatte ebenfalls eine Teil-Nutzung der Tiefgarage des Gebäudes am Rossmarkt angeboten. Aufgrund der dort ebenfalls erforderlichen Baustelleneinrichtung konnte das Angebot jedoch nicht aufrechterhalten werden.

3. Fazit

Die jetzt geschaffenen Parkmöglichkeiten decken den Bedarf nicht vollständig. Die Verteilung der Parkplatzmöglichkeiten auf die betroffenen Dienstkräfte, die Organisation von Fahrgemeinschaften sowie die Logistik des Wachwechsels erfordern einen hohen Organisationsaufwand, der den Dienstbetrieb in der Feuerwache 1 belastet. Weitere Parkmöglichkeiten wären nur noch in privat betriebenen Parkhäusern im Umgriff der Feuerwache 1 vorhanden. Diese würden jedoch Mietkosten in Höhe von monatlich 400 Euro pro Stellplatz verursachen.

Derzeit sind alle von den Koordinations- und Organisationsaufgaben betroffenen Beschäftigten hoch engagiert, um diese Kosten zu vermeiden und mit dem nun bestehenden Parkplatzangebot zurecht zu kommen. Deshalb wird evaluiert, ob das bestehende Angebot und die getroffenen organisatorischen Maßnahmen auf Dauer ausreichen oder ob weitere Bedarfe bestehen. Sofern eine Anmietung weiterer Parkplätze zwingend nötig wird, um den reibungslosen Dienstbetrieb sicherzustellen, muss die Branddirektion die entsprechenden Anmietkosten aufbringen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

2. S-Bahn-Tieftunnel: Alternativkonzept für deutliche Verbesserungen im S-Bahn-System realisieren

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE. / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 21.9.2022

Antwort Mobilitätsreferent Georg Dunkel:

In Ihrem o.g. Antrag fordern Sie, dass sich das Mobilitätsreferat beim Freistaat Bayern und der Deutschen Bahn für schneller umsetzbare Verbesserungen und Optimierungen im S-Bahn-System einsetzt.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Die o.g. Thematik fällt jedoch nicht in die Zuständigkeit des Stadtrates oder als laufende Angelegenheit in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters, sondern in den operativen Geschäftsbereich der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) wie auch der DB Netz AG. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich. Daher wird der Antrag im Folgenden als Brief beantwortet.

Hierzu haben wir eine Stellungnahme der BEG erbeten, die uns Folgendes mitteilte:

„Auch aus Sicht der BEG sind die von der Deutschen Bahn (DB) als Maßnahmenträger dargelegten Verzögerungen und Kostenentwicklungen beim Bau der 2. S-Bahn-Stammstrecke nicht akzeptabel. Um bei der S-Bahn noch vor der Inbetriebnahme der 2. Stammstrecke Verbesserungen für die Fahrgäste zu ermöglichen, haben die DB zusammen mit dem Freistaat die Initiative ‚Starke S-Bahn – Programm 14plus‘ ins Leben gerufen. Einige der Maßnahmenvorschläge sind Bestandteil der Initiative.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen haben wir geprüft und festgestellt, dass sich der überwiegende Teil der Maßnahmen bereits im vom Freistaat auf den Weg gebrachten Programm ‚Bahnausbau Region München‘ befindet. Darüber hinaus finden sich drei Maßnahmen in der Initiative ‚Starke S-Bahn München – Programm 14plus‘ wieder: Zweigleisiger Ausbau Weßling – Seefeld-Hechendorf, Bau des Überwerfungsbauwerks Westkreuz und Bau des Überwerfungsbauwerks Flughafen Besucherpark.

Die komplette Einschätzung der vorgeschlagenen Vorhaben finden Sie im Folgenden:

1. Teilausbau des Südrings mit Überwerfungsbauwerken Laim (4-gleisig), Heimeranplatz (4-gleisig), Poccistraße (2-gleisig), Kolumbusplatz (2-gleisig), Ostbahnhof (8-gleisig) und Leuchtenbergring (6-gleisig):
siehe U12 Programm ‚Bahnausbau Region München‘
2. Integration des Gleises 6 am Ostbahnhof in die Erste Stammstrecke:
bisher nicht betrachtet und auch nicht erforderlich
3. Zweigleisiger Ausbau der S7 Giesing – Kreuzstraße:
siehe U18 Programm ‚Bahnausbau Region München‘
4. Zweigleisiger Ausbau Grafing Bahnhof – Ebersberg:
siehe U19 Programm ‚Bahnausbau Region München‘
5. Zweigleisiger Ausbau Markt Schwaben – Erding:
siehe U35 Programm ‚Bahnausbau Region München‘
6. Zweigleisiger Ausbau Weßling – Seefeld Hechendorf:
siehe R18 Programm ‚Bahnausbau Region München‘ und Initiative ‚Starke S-Bahn München – Programm 14plus‘
7. Zweigleisiger Ausbau Maisach – Mammendorf:
bekannt
8. Bahnsteigverlängerungen auf 210 m Höhenkirchen-Siegertsbrunn – Kreuzstraße:
siehe U32 Programm ‚Bahnausbau Region München‘
9. Bahnsteigverlängerungen auf 210 m Solln – Wolfratshausen:
siehe U32 Programm ‚Bahnausbau Region München‘
10. Bahnsteigverlängerungen auf 210 m Markt Schwaben – Erding:
siehe U17 Programm ‚Bahnausbau Region München‘
11. Erhöhung aller Bahnsteige der S-Bahn auf 96 cm über Schienenoberkante:
bekannt
12. Verlängerung der LZB-Abschnitte bis Moosach, Untermenzing, Lochhausen, Aubing, Neuaubing, Pullach, Fasanenpark, Neuperlach Süd, Trudering, Riem und Daglfing zur Erhöhung der Betriebsstabilität:
siehe teilweise R15 Programm ‚Bahnausbau Region München‘
13. Bau des Überwerfungsbauwerks Westkreuz:
siehe R16 Programm ‚Bahnausbau Region München‘ und Initiative *Starke S-Bahn München- im Programm 14plus‘
14. Bau des Überwerfungsbauwerks Flughafen Besucherpark:
siehe R12 Programm ‚Bahnausbau Region München‘ und Initiative ‚Starke S-Bahn München- im Programm 14plus‘
15. Viergleisiger Ausbau Buchenau – Grafrath:
nicht betrachtet und auch nicht erforderlich

Abschließend können wir mitteilen, dass der Freistaat trotz der Verzögerung und der Kostensteigerung bei der Inbetriebnahme der 2. S-Bahn-

Stammstrecke weiterhin an diesem Projekt festhält, da dieses von zentraler Bedeutung sowohl für die Landeshauptstadt München als auch für den gesamten Freistaat ist. Mit Inbetriebnahme der 2. S-Bahn-Stammstrecke wird sich das Angebot des Schienenpersonennahverkehrs in der Metropolregion München signifikant erhöhen.“

Darüber hinaus teilte die DB Netz AG ergänzend Folgendes mit:

„Auch wir sehen die Notwendigkeit, dass der Betrieb bei der S-Bahn München vor Inbetriebnahme der 2. Stammstrecke, die das Kernstück des Bahnausbaues im Knoten München ist, sukzessive verbessert werden muss. Dazu hat die DB eine umfangreiche Qualitäts-, Ausbau- und Modernisierungsinitiative, die ‚Starke S-Bahn München – Programm 14plus‘ auf den Weg gebracht. Die DB Initiative besteht aus drei Säulen und bringt deutliche Verbesserungen für alle Fahrgäste noch vor der Inbetriebnahme der 2. Stammstrecke.

Zur neuen Initiative ‚Starke S-Bahn München – Programm 14plus‘ zählt als Säule eins eine große Qualitätsoffensive der DB mit Maßnahmen für einen pünktlicheren und zuverlässigeren Zugverkehr sowie eine bessere Fahrgastinformation. Der Fokus liegt dabei auf dem Thema Prävention. Beispiele sind unter anderem der verstärkte präventive Austausch von Komponenten in Stellwerken und bei Bahnübergängen oder der zunehmende Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Zugdisposition. Dieses DB-Maßnahmenpaket umfasst zusätzliche Investitionen in Höhe von rund 500 Millionen Euro.

Als weitere starke Säule werden Freistaat und DB unter dem Titel ‚Programm 14plus‘ gemeinsam ein Bündel an Ausbaumaßnahmen im öffentlichen Nahverkehr vorantreiben. Schwerpunkt des Programms sind Projekte zum Ausbau der Infrastruktur. Darüber hinaus wird das Zugangebot verbessert und der Fahrzeugpark ergänzt und modernisiert.

Zum Programm gehören zum Beispiel die sogenannten netzergänzenden Maßnahmen, wie der zweigleisige Ausbau Steinebach – Seefeld-Hechendorf, der zweigleisige Ausbau St. Koloman – Aufhausen und die Gesamtausbaumaßnahme am Münchner Westkreuz inklusive des Baus eines Überwerfungsbauwerks. Mit den zusätzlichen Gleiskapazitäten soll auf den Außenästen mehr Platz auf der Schiene generiert werden.

Auch der Stammstrecken-Bypass ‚Sendlinger Spange‘, der Regionalzughalt Poccistraße, der Bau eines Überwerfungsbauwerks Flughafen Besucherpark und der Start des neuen elektronischen Stellwerks München Ost wer-



den einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des S-Bahn-Systems leisten. Insgesamt sind dafür Investitionen in Höhe von rund 1 Milliarde Euro vorgesehen.

Die dritte Säule zielt auf die Modernisierung des S-Bahn-Netzes, dazu prüft die DB die Digitalisierung des Bahnknotens München. Aktuell läuft zu diesem Thema eine Machbarkeitsstudie, die DB nimmt Gespräche mit dem Bund auf. Geplant ist, die Schienenwege im Bahnknoten München mit neuer digitaler Leit- und Sicherungstechnik auszurüsten – ebenso die Fahrzeuge der S-Bahn München.

Ziel aller Maßnahmen ist es, ein leistungsfähiges, robustes und zukunftsfähiges Angebot für die Fahrgäste zu schaffen und Angebotsverbesserungen noch vor dem Start der 2. Stammstrecke zu ermöglichen.“

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen der BEG wie auch der DB Kenntnis zu nehmen und hoffe, dass wir Ihren Antrag zufriedenstellend beantworten konnten und dieser als erledigt gelten darf.

Digitales Hinweisgebersystem: Wie ist der Sachstand?

Anfrage Stadtrat Leo Agerer (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 23.3.2023

Antwort Personal- und Organisationsreferent Andreas Mickisch:

Auf Ihre Anfrage vom 23.3.2023 nehme ich Bezug. Sie haben folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Die aktuellen Vorgänge rund um den Gewofag-Geschäftsführer Dr. Klaus-Michael Dengler zeigen, wie wichtig die Einführung eines anonymen Digitalen Hinweisgebersystems für die Arbeitsatmosphäre in einem Unternehmen ist. Die Einführung eines solchen Systems wurde im Verwaltungs- und Personalausschusses für die Landeshauptstadt München (LHM) bereits am 21.7.2021 beschlossen (20-26/V 03787). Außerdem hat die Stadtratsfraktion CSU mit FREIE WÄHLER dazu am 20.12.2022 einen weiteren Antrag gestellt (20-26/A 03525), der auch die städtischen Beteiligungsgesellschaften umfasst.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Wann wird das digitale Hinweisgebersystem eingerichtet und für die Beschäftigten der LHM nutzbar sein? Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung?

Antwort:

Die fachlichen und technischen Anforderungen an das digitale Hinweisgebersystem wurden definiert und eine Markterkundung zur Auswahl geeigneter Anbieter durchgeführt. Aktuell befindet sich das Projekt in der Vergabevorbereitung und benötigte Vergabeunterlagen werden erstellt. Nach Finalisierung aller Dokumente (voraussichtlich Ende Mai) startet die Angebotsphase und die Anbieter werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Nach Auswertung aller Angebote ist mit einer Zuschlagserteilung innerhalb von zwei Monaten bis Ende Juli zu rechnen (sofern, wie geplant, auf eine Verhandlungsrunde verzichtet werden kann). Die Erklärung der Betriebsbereitschaft inklusive Anbindung der Schnittstellen soll innerhalb von zwei Monaten erfolgen, sodass die Nutzung des Systems voraussichtlich ab Q4/2023 möglich sein sollte.

Frage 2:

Ist – auch im Lichte der aktuellen Entwicklungen – geplant, die Einrichtung des digitalen Hinweisgebersystems auch auf städtische Tochter- und Beteiligungsgesellschaften auszuweiten?

Antwort:

Nach aktuellem Stand ist eine Ausweitung des von der Landeshauptstadt München in der Beschaffung befindlichen Hinweisgebersystems auf die städtischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften nicht geplant.

Aufgrund der Unklarheiten bei den aktuellen gesetzgeberischen Vorhaben zur Umsetzung der EU-Whistleblowerrichtlinie ist nicht absehbar, welche konkreten Verpflichtungen auf die Landeshauptstadt München und ihre Beteiligungsgesellschaften zukommen werden. Nach dem aktuellen Entwurf des Hinweisgeberschutzgesetzes wird hinsichtlich der Verpflichtungen etwa zwischen Beteiligungsgesellschaften unterschieden, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden und Gemeindeverbänden stehen und solchen, die dies nicht tun. Vor diesem Hintergrund erscheint eine „vorgezogene“ Ausweitung des Hinweisgebersystems nicht zweckmäßig. Vielmehr sollte dafür die Entscheidung des Gesetzgebers abgewartet werden. Um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich auf die Ausführungen in meinem Schreiben an die Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER vom 29.3.2023 (veröffentlicht in der Rathaus Umschau 62/2023, abrufbar unter: <https://ru.muenchen.de/2023/62/Schaffung-einer-Hinweisgeberstelle-fuer-Anliegen-der-Mitarbeiterinnen-und-Mitarbeiter-der-Stadt-sowie-deren-Beteiligungsgesellschaften-106359>).

Ergänzend erlaube ich mir anzumerken, dass manche Beteiligungsgesellschaften wie die Flughafen München GmbH und digital@M GmbH bereits über eigene digitale Hinweisgebersysteme verfügen und mit der Bearbeitung von eingegangenen Hinweisen bereits langjährige Erfahrungen haben. Es stellt sich daher die Frage, ob eine Ausweitung des Hinweisgebersystems auf die Beteiligungsgesellschaften überhaupt zweckmäßig ist. Fraglich bleibt zudem, ob es unter rechtlichen Gesichtspunkten zulässig ist, ein Hinweisgebersystem, das durch die Landeshauptstadt München beschafft und finanziert wird, den städtischen Gesellschaften zur Nutzung zu überlassen. Diese Fragen können erst sinnvoll beurteilt werden, wenn sich die Rechtslage, wie oben erwähnt, klärt.

Frage 3:

Wie schnell und mit welchem personellen und finanziellen Aufwand könnte das System ausgeweitet werden?

Antwort:

Das Hinweisgebersystem soll, wie vom Stadtrat beschlossen, zunächst für Meldungen von Korruptionssachverhalten eingerichtet werden. Eine Ausweitung auf weitere Themenfelder innerhalb der Landeshauptstadt München ist ohne größeren Aufwand möglich und im Rahmen der Ausschreibung bereits optional vorgesehen. Der zeitliche, personelle und finanzielle Aufwand kann noch nicht abschließend beurteilt werden.

Zur Ausweitung des Hinweisgebersystems auf die städtischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften verweise ich auf meine Ausführungen zu Frage 2.

Was die Einrichtung einer zentralen stadtinternen Meldestelle als solcher und deren Aufgabenzuschnitt anbelangt, möchte ich abschließend darauf hinweisen, dass der Stadtrat – nach Klärung der gesetzgeberischen Lage – zu dieser Frage befasst werden wird. Aktuell ist aufgrund der unklaren Gesetzeslage eine Prognose über die rechtlichen Rahmenbedingungen äußerst schwierig. Auch insoweit möchte ich auf die Ausführungen in meinem Schreiben an die Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER vom 29.3.2023 verweisen (veröffentlicht in der Rathaus Umschau 62/2023, abrufbar unter: <https://ru.muenchen.de/2023/62/Schaffung-einer-Hinweisgeberstelle-fuer-Anliegen-der-Mitarbeiterinnen-und-Mitarbeiter-der-Stadt-so-wie-deren-Beteiligungsgesellschaften-106359>).

Frage 4:

Wie wird sichergestellt, dass die Anonymität der Hinweisgeber gesichert ist?

Antwort:

Bei der Abgabe eines Hinweises ist die Hinweisperson nicht verpflichtet, persönliche Daten oder Kontaktinformationen anzugeben und kann insoweit anonym bleiben. Am Ende des Meldeprozesses hat die Hinweisperson die Option, ein geschütztes Postfach mit automatisch generierten Zugangsdaten einzurichten. Über dieses Postfach ist eine Kommunikation mit der Hinweisperson ohne Nennung von E-Mail-Adresse oder anderer personenbezogener Daten möglich. Es erfolgt kein Tracking von IP-Adressen oder anderen Daten, die zu Rückschlüssen auf die Hinweisperson führen könnten. Weder der Betreiber des Hinweisgebersystems noch eine Stelle bei der Landeshauptstadt München, auch nicht die IT, haben die Möglichkeit, den abgegebenen Hinweis zurück zu verfolgen.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 9. Mai 2023

Tag der offenen Tür in der Stadtverwaltung jährlich stattfinden lassen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Anne Hübner, Barbara Likus, Lars Mentrup, Andreas Schuster, Christian Vorländer (SPD/Volt-Fraktion) und Beppo Brem, Judith Greif, Gudrun Lux, Marion Lüttig, Thomas Niederbühl, Sibylle Stöhr (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Baumrecht vor Baurecht

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

Baum-Bilanz in München – mehr Schein als Sein?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE. / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 09.05.2023

Tag der offenen Tür in der Stadtverwaltung jährlich stattfinden lassen

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, den beliebten Tag der offenen Tür im Münchner Rathaus und seinen Außenstellen jährlich zu organisieren.

Begründung

Der Tag der offenen Tür bei der Münchner Stadtverwaltung erfreut sich steigender Beliebtheit. 24 000 Besucher*innen kamen im Jahr 2023 und damit noch einmal gut 2000 mehr als bei der letzten Auflage vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019. Die Veranstaltung ist eine gute Möglichkeit, um die vielfältige Arbeit der Stadtverwaltung, der städtischen Betriebe und Unternehmen sowie der Stadtspitze und der Stadtratsfraktionen einem breiten Publikum zu präsentieren. Zu den Aktionen kommen auch Menschen, die auf klassischen Wegen schwierig zu erreichen sind. Der Tag der offenen Tür baut so Berührungängste gegenüber Politik und Verwaltung ab. Er zeigt, wie modern und offen die Stadtverwaltung in München arbeitet, dass Politik Spaß macht und erreichbar ist für die Anliegen und Probleme der Bürger*innen – in Zeiten steigender Politikverdrossenheit ist das extrem wichtig. Aus diesen Gründen sollte die Stadt die Chance ergreifen und die Veranstaltung jährlich organisieren und nicht wie bisher alle zwei Jahre.

SPD/Volt-Fraktion

Anne Hübner
Christian Vorländer
Kathrin Abele
Andreas Schuster
Lars Mentrup
Barbara Likus

Mitglieder des Stadtrates

Die Grüne - Rosa-Liste

Beppo Brem
Judith Greif
Marion Lüttig
Gudrun Lux
Thomas Niederbühl
Sibylle Stöhr

Mitglieder des Stadtrates



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 09.05.2023

Antrag: Baumrecht vor Baurecht

Wir beantragen, dass die Verwaltung dem Stadtrat eine Beschlussvorlage vorlegt, die beinhaltet, dass in der LH München unverzüglich Baumrecht vor Baurecht gilt. Die im Baugesetzbuch geschriebenen Worte "gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse" sind entsprechend umzusetzen. Zudem bitten wir darum, dass der Münchner Klimarat gefragt wird, ob er eine Stellungnahme zu dieser Thematik abgeben möchte.

Begründung:

In Zeiten des Klimawandels müssen wir nicht nur über Klimaanpassung und Klimaschutz reden, sondern auch schnell und effektiv etwas zum Schutz der Grundrechte auf Gesundheit und Leben tun. Die Anfang Februar 2023 bekannt gewordene Lancet-Studie¹ zeigt, dass in Großstädten tausende Hitzetote vermeidbar sind, wenn die Baumkronen im jeweiligen Stadtgebiet mindestens 30% betragen. München liegt mit 20% Baumbekronung weit unter diesem Minimum, d.h. München muss beim Schutz durch Bäume schnell und effektiv nachbessern. Insofern zählt jetzt schon jeder Baum in der Stadt - zumindest bis Erreichen des Minimums an Baumbekronung von 30%. Damit unvereinbar wäre es, weiterhin Bäume zu fällen aus einer isolierten Sicht, d.h. ohne Blick auf die Folgen für die Nachbarn, die Umgebung und die gesamte Stadt.

Da die Baumkronen der Ersatzpflanzungen nur einen Bruchteil des vorhandenen Baumkronenumfangs ausmachen, stellen diese keinen hinreichenden Ersatz dar. Zudem werden Bäume häufig finanziell abgelöst und aufgrund von Platzmangel in der Stadt gestaltet es sich als schwierig zusätzliche Standorte für Bäume zu finden.

Bei der Baugenehmigung ist es nötig, die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu wahren, § 34 Abs. 1 S. 2 BauGB. Ebenso bei der Bauleitplanung, § 1 Abs. 6 Zif. 1 BauGB. Ergänzend gilt das Rücksichtnahmegebot in

¹ [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(22\)02585-5/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(22)02585-5/fulltext),
<https://www.alphagalileo.org/en-gb/Item-Display/ItemId/229842?returnurl=https://www.alphagalileo.org/en-gb/Item-Display/ItemId/229842>
<https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/baeume-stadt-hitze-1.5744668>

beiden Fallgruppen. Das bedeutet: die Auslegung dieser gesetzlichen Vorgaben inkl. des Gebots verbietet grundsätzlich, einen Baum für einen Bau (Neubau oder Erweiterung des Bestands) zu fällen, der zur Baumbekronung in der LH München beiträgt.

Verfassungsrechtlich ist jeder Eigentümer verpflichtet, sein Grundstück auch zum Wohl der Allgemeinheit zu gebrauchen, Art. 14 Abs. 2 S. 2 GG. Das Wohl der Allgemeinheit verlangt aber den weitestmöglichen Schutz vor Hitzetoten in unserer Stadt. Insofern kann der Grundstückseigentümer nicht mehr maximal bauen (altes Denken), sondern muss zum Schutz vor Hitzetoten die Bäume stehen lassen (Bestimmung des Inhalts und neue Schranke des Eigentums, Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG).

Wir brauchen die Bäume als Kühler und anerkannte CO₂-Senken in einer Zeit des Klimawandels. Das fordert praktisch auch der Klimabeschluss des BVerfG vom 24. 3. 2021. Die Stadt ist an den Beschluss nach § 31 BVerfGG gebunden, um die Grundrechte (Gesundheit und Leben) in der LH München zu achten.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, Stadträtin

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 9. Mai 2023

Anfrage

Baum-Bilanz in München – mehr Schein als Sein?

Das Kommunalreferat verfolgt das ehrgeizige Ziel der Pflanzung von 500.000 Bäumen. Seit 2021 sind laut Zeitungsbericht (tz vom 28.3.23) bereits 220.000 neue „Gewächse“ gesetzt worden. Trotzdem ist die Baumbilanz in München seit Jahren negativ – es gibt mehr Fällungen als Pflanzungen, wenn man die städtischen und die privaten Flächen zusammenhängend betrachtet.

Entscheidend für eine ehrliche Zielsetzung wäre, dass Pflanzungen von Bäumen im Stadtgebiet München erfolgen. Das Kommunalreferat verfügt über Flächen, die weit außerhalb von München liegen. Wenn dort Fichtenwälder durch alternative Baumarten ergänzt oder umgewandelt werden, ist das durchaus sinnvoll, nur steht das nicht im räumlichen Zusammenhang mit der Stadt und dem Stadtklima. Damit verbessert sich die zahlenmäßige Bilanz auf dem Münchner Stadtgebiet nicht. Auch stehen die Ökosystemleistungen der Bäume wie Kohlenstoffspeicherung, Kühlung, Beschattung, Feinstaubfilterung, etc. nicht dem Stadtgebiet zur Verfügung.

Des Weiteren stellt sich die Frage, inwiefern bei der Zielsetzung von 220.000 Gewächsen zwischen Bäumen und anderen Gewächsen unterschieden wird.

Wir bitten daher den Oberbürgermeister, folgende Fragen zu beantworten:

Pflanzungen innerhalb des Stadtgebietes München:

1. Wie viele Bäume sind im Stadtgebiet München gepflanzt worden? (Bitte getrennt nach Baumart, Baumgrößen, Sortimente und Stadtbezirke aufschlüsseln.)
2. Wo sind diese Bäume gepflanzt worden? (Bitte getrennt nach Wald, öffentliche Grünanlagen, landwirtschaftliche Flächen wie Stadtgüter aufschlüsseln.)
3. Welche anderen Gewächse wurden im Stadtgebiet München gepflanzt (Art, Größe, Sortimente)?
4. Wo wurden diese Gewächse gepflanzt? (Bitte getrennt nach Wald, öffentliche Grünanlagen, landwirtschaftliche Flächen wie Stadtgüter aufschlüsseln.)

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Pflanzungen außerhalb Münchens:

5. Wie viele Bäume wurden außerhalb des Stadtgebietes gepflanzt? (Bitte getrennt nach Baumart, Baumgröße, Sortiment aufschlüsseln)
6. Wo wurden diese Bäume gepflanzt? (Bitte getrennt nach Ortsangabe, Wald, landwirtschaftliche Fläche, sonstige Flächen aufschlüsseln.)
7. Welche anderen Gewächse wurden außerhalb des Stadtgebietes gepflanzt Art, Größe, und Sortimente. (Bitte getrennt nach Ortsangabe, Wald, landwirtschaftliche Fläche, sonstige Flächen aufschlüsseln.)

Initiative:

Stadtrat Stefan Jagel

Stadträtin Marie Burneleit

Gezeichnet:

Stadträtin Brigitte Wolf

Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Dienstag, 9. Mai 2023

Vorbereitende Arbeiten zur Sanierung des Großhesseloher Wehrs

Pressemitteilung SWM

Zwei neue Mobilitätsstationen und ein Familienzentrum an der Kämpferstraße und am Quartiersplatz am Harthof

Pressemitteilung GWG München

Neues Kulturfestival für Mentale Gesundheit

Pressemitteilung Gasteig München GmbH

Für verbesserte Ökologie und Hochwasserschutz Vorbereitende Arbeiten zur Sanierung des Großhesseloher Wehrs

(9.5.2023) Die Stadtwerke München (SWM) beginnen ab dem 10. Mai mit vorbereitenden Arbeiten zur Sanierung des Großhesseloher Wehrs. Das umfangreiche Umbauprojekt an der Isar wird in mehreren Schritten bis Herbst 2024 umgesetzt.

Zunächst wird dafür die Baustellenzufahrt am linken Isarufer gefertigt. Die Zugänglichkeit des Isarufers für den Freizeitverkehr bleibt während der gesamten Maßnahme gewährleistet. Allerdings bitten die SWM um Verständnis, dass es baustellenbedingt zu Einschränkungen und temporären Absperrungen sowie zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen kommen kann.



Links das Großhesseloher Wehr – rechts die Anlage nach dem Umbau mit der Fischtreppe. Visualisierungen: cam.p-solutions

Mit der Sanierung wird die zwischen Landeshauptstadt und SWM bereits 2008 mit dem „Isarplan“ vereinbarte ökologische Weiterentwicklung der Wehranlage realisiert: Die künftige Anlage steuert automatisiert die Mindestwasserabgabe in die Isar, eine neue Fischaufstiegsanlage optimiert die Durchgängigkeit für

Wasserlebewesen. Die ökologische Vernetzung der Gewässersysteme Isar und Werkkanal bleibt aufrechterhalten.

Das Großhesseloher Wehr

Seit 1908 ist die Wehranlage Großhesselohe in Betrieb. Im Zuge der Sanierung werden die Denkmalaspekte der Anlage berücksichtigt und mit den Ansprüchen einer modernen Wehranlage in Einklang gebracht, die den heute gültigen Regeln der Technik entspricht. Auch die betriebliche Sicherheit sowie der Gewässer- und Arbeitsschutz werden verbessert.

Die Wehranlage Großhesselohe reguliert die Wasserführung zwischen dem Werkkanal und der Isar und ist damit ein wichtiger Faktor für den Hochwasserschutz der Stadt. Zudem ist das Wehr auch für die Energieerzeugung hochrelevant: Am Werkkanal liegen vier Wasserkraftwerke und das Heizkraftwerk Süd mit seiner Strom-, Fernwärme- und Kälteerzeugung.

Zum Hintergrund: SWM Pressemitteilungen vom 9. Juni und 27. Dezember 2022

www.swm.de/presse/pressemitteilungen/2022/06-2022/swm-sanierung-grosshesseloherwehr

www.swm.de/presse/pressemitteilungen/2022/12-2022/swm-plangenehmigung-grosshesseloherwehr

Ansprechpartner
Michael Schmitt
T +49 89 55 114 212
michael.schmitt@
gwg-muenchen.de

Download unter
[gwg-muenchen.de/
presse](http://gwg-muenchen.de/presse)

Zwei neue Mobilitätsstationen und ein Familienzentrum an der Kämpferstraße und am Quartiersplatz am Harthof

Am Donnerstag, den 04.05.2023 eröffneten bei strahlendem Sonnenschein zwei neue Mobilitätsstationen der GWG München für ihre Mieterschaft an der Kämpferstraße 10 und am neuen Quartiersplatz am Harthof. An diesen Stationen können die Mieter*innen der GWG München Lastenräder, Trolleys oder Werkzeuge wie beispielsweise Leitern kostenlos entleihen. Als städtische Wohnungsgesellschaft leistet die GWG München mit ihren Mobilitätsstationen und neuartigen Quartierskonzepten einen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele 2035, die sich die Landeshauptstadt München gesetzt hat.

Auch ihrem sozialen Auftrag kommt die GWG München nach, denn am neu entstandenen Quartiersplatz an der Kämpferstraße 10 ist auch das ETC e.V. mit seinem neuen Familienzentrum angesiedelt. Dieser gemeinnützige Verein ist in den hier so wichtigen Bereichen der Betreuungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene tätig. Der Verein ist als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Hinter diesem Konzept steht auch die Aufsichtsratsvorsitzende der GWG München, Bürgermeisterin Verena Dietl, die Stadt München und das Mobilitätsreferat, mit deren Hilfe die GWG München diese Konzepte umsetzen und verwirklichen kann. Denn auch für die nächsten Neubauprojekte in den kommenden fünf Jahren sind unter dem Motto „autofreies Wohnen“ entsprechende Mobilitätsstationen geplant.

Klimaschutz wird bei uns großgeschrieben

Als Wohnungsgesellschaft der Landeshauptstadt München sind wir uns unserer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und leisten einen wesentlichen Beitrag für das Ziel der Landeshauptstadt München bis 2035 klimaneutral zu werden. Neben der Energieeffizienz und einer nachhaltigen Wärmeversorgung betrachten wir auch weitere Handlungsfelder wie alternative Mobilitätsangebote in unseren Quartieren, die Relevanz von Grauer Energie bei der Baustoffauswahl sowie die Anpassung unserer Liegenschaften an die Klimawandelfolgen. Mit der Verwendung nachwachsender Rohstoffe, wie beispielsweise Holz, ist die GWG München lange erprobt. Auch die Ausstattung der Gebäude mit Photovoltaikanlagen, um günstigeren Ökostrom direkt an die Mieterschaft weiterzuleiten, sind in gemeinsamen Projekten mit den Stadtwerken München am Start.

Pressemitteilung
08.05.2023

Die GWG München

Derzeit bewirtschaftet die GWG München über 30.000 Mietwohnungen und rund 700 Gewerbeeinheiten. Seit über 100 Jahren bietet sie in der stetig wachsenden Stadt bezahlbaren Wohnraum für die Münchner*innen an. Darüber hinaus engagiert sich das Unternehmen in der Stadtteilentwicklung, realisiert Wohnformen für alle Lebensphasen und ist dem Klimaschutz verpflichtet. Im Mittelpunkt aller Aktivitäten steht immer die Wohn- und Lebensqualität der Kunden.

Alle Fotos: Jonas Nefzger



Susanne Kraus, Abteilungsleiterin der GWG-Projektentwicklung eröffnet die Mobilitätsstation am Quartiersplatz der Kämpferstraße 10



Eine der beiden für die Mieter*innen Mobilitätsstationen in der Kämpferstraße

MEDIENINFORMATION
9. MAI 2023



Auch Kulturerlebnisse können die mentale Gesundheit stärken. © Andreas Gebert

Gasteig HP8 startet „Mental Health Arts Festival“

Neues Kulturfestival für Mentale Gesundheit

Mit vielen Aktionen zum Mitmachen dreht sich am 8. Juli im Gasteig HP8 alles um ein Thema, das immer mehr Menschen beschäftigt: unsere mentale Gesundheit. Der Eintritt ist frei.

Die Corona-Pandemie hat es nur verstärkt. Für viele Wissenschaftler*innen ist schon länger klar: seelische Gesundheit ist eine der ganz großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Immer mehr Menschen leiden unter psychischen Erkrankungen wie Burn-out, Depressionen oder Angstzuständen. Fast jede*r von uns kennt in seinem Umfeld jemanden, der*die betroffen ist. Und dennoch wird kaum offen damit umgegangen.

„Das wollen wir mit diesem neuen Festival ändern“, sagt **Gasteig-Geschäftsführer Max Wagner**. „Das Thema ist so wichtig, dass wir möglichst vielen Menschen die Gelegenheit geben wollen, sich damit auseinanderzusetzen. Der Gasteig ist dafür genau die richtige Plattform. Und bei uns wird es ein Festival, nicht nur trockene Theorie.“

Deshalb gibt es beim Mental Health Arts Festival auch viele Aktionen, bei denen man **selbst mitmachen und aktiv** werden kann. Vor Ort kann man zum Beispiel den Effekt der Poesie im Rahmen eines **Poetry-Slams** testen oder beim gemeinsamen Singen im **Go Sing Choir** das wohltuende Miteinander spüren. **Tanzworkshops** bieten den Raum, den eigenen Körper neu zu erfahren und Selbstbewusstsein aufzubauen. Und wie sich die eigene Geschichte mit all ihren Höhen und Tiefen kreativ in Bildern ausdrücken lässt, erfährt man im Workshop mit einem **Profi-Comiczeichner**, der das Thema mentale Gesundheit selbst in seinen Comics verarbeitet.

Daneben werden Expert*innen und Betroffene in **Vorträgen, Panels** und **Diskussionen** das Thema mentale Gesundheit aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten: Was zählt alles zur mentalen Gesundheit? Wie erkenne ich, wie es um meine mentale Gesundheit steht? Und was tut mir persönlich gut?

Initiiert hat der Gasteig das erste Münchner „**Mental Health Arts Festival**“ mit Hilfe der Beisheim Stiftung. „Dieses neue Festival zielt genau darauf ab, was uns auch am Herzen liegt“, sagt **Annette Heuser, Geschäftsführerin der Beisheim Stiftung**. „Mentale Gesundheit ist zentral für Wohlbefinden, Selbstbewusstsein, Beziehungsfähigkeit und Alltagsbewältigung. Es geht um Aufklärung, aber auch darum, psychische Erkrankungen nicht mehr als Stigma anzusehen. Das Mental Health Arts Festivals leistet einen wichtigen Beitrag dazu.“

Neben der Beisheim Stiftung beteiligen sich auch die Gasteig Kulturstiftung, das Münchner Bündnis gegen Depression, das SerienCamp Festival und Bayern 2 als Medienpartner.

Informationen zum detaillierten Programm werden zeitnah im Vorfeld des Festivals veröffentlicht und auf der [Website](#) des Gasteig bekannt gegeben.

Mental Health Arts Festival Samstag, 8. Juli 2023

Gasteig HP8
Hans-Preißinger-Straße 8
81379 München

Eintritt frei!

Das Mental Health Arts Festival ist eine Veranstaltung der Gasteig Kulturstiftung in Zusammenarbeit mit der Gasteig München GmbH, gefördert von der Beisheim Stiftung.

Pressefotos zum Download finden Sie im Pressebereich unserer Homepage unter www.gasteig.de/pressefotos.

Für Rückfragen oder Interviewanfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Pressekontakt

Michael Amtmann
Leiter Kommunikation / Pressesprecher

Melanie Brandl
Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 (0)89 480 98-161
presse@gasteig.de

Geschäftsführer: Max Wagner | Vorsitzende des Aufsichtsrats: Bürgermeisterin Katrin Habenschaden | Sitz der Gesellschaft: München | Registergericht: Amtsgericht München HRB 68 399 | USt-IdNr.: 129353868 | Finanzamt München | Beteiligungsgesellschaft der Landeshauptstadt München | Gasteig München GmbH | Rosenheimer Straße 5 | 81667 München | Tel.: +49 (0)89.4 80 98-131 | Fax: +49 (0)89.4 80 98-1000 | E-Mail: presse@gasteig.de